

Liberalismus auf wenigen Seiten darzustellen bedeutet, dass der aufschlussreiche Vergleich zwischen seinen national-kulturellen Ausprägungen nur in Andeutungen vorkommen kann. Stattdessen soll mit wenigen Sätzen zu dem verwirrenden Gebrauch der Begriffe begonnen werden, vor allem des Adjektivs „liberal“ (ganz zu schweigen von der ebenso verbreiteten wie uninformierten Verwendung der vermeintlichen Steigerungsform „neoliberal“). Statt aber dann unmittelbar zur liberalen Doktrin zu kommen, wird diese zunächst negativ eingegrenzt, indem auf die Beziehung zwischen Liberalismus und Konservatismus verwiesen wird. Ein solcher didaktischer Trick wirkt in diesem Falle eher als Abkürzung denn als Umweg, weil die Grenzen oft als fließend erscheinen. So spricht man von Liberal-Konservativen und ordnet manche der Klassiker sowohl der einen wie der anderen Richtung zu. Einer von ihnen, Friedrich August von Hayek, hat daher seiner *Constitution of Liberty* ein Nachwort hinzugefügt. Es hat den Titel: „Why I am not a conservative.“

Die gegenseitige Abgrenzung der Liberalen von den Konservativen und umgekehrt verweist auf den Kern des Liberalismus, der anschließend hervorgehoben werden soll, nämlich auf seine naturrechtliche Position, und schon diese Wertorientierung widerspricht der verbreiteten These von der moralzehrenden Wirkung des Liberalismus. Daher soll schließlich noch diese Kritik kritisiert werden durch die Konzentration auf das

Thema „Markt und Moral“, da der Markt zu Recht als besonders hervorstechender Teil des Liberalismus gilt – aber ganz unzutreffend, oft als der einzige Ausdruck dieses Moral- und Kulturkonzeptes dargestellt wird.

Sprachgebrauch zwischen Tugend und Formel

Erstens also zum Sprachgebrauch. Der Begriff Liberalismus entstand, wie so oft, nicht als Selbstbezeichnung, sondern wurde zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts von den spanischen Reaktionären in die Welt gesetzt, die ihre verfassungspolitischen Gegner als „*Liberales*“ bezeichneten. Seither leiden die Begriffe unter einer Vielfalt teils entgegengesetzter Bedeutungen, die sich aus der Umgangssprache, den nationalen Besonderheiten und den Diskussionen zwischen den Liberalen ergaben.

Im Englischen wird ein Problem besonders deutlich, wenn die Aufschrift auf einer Tube uns auffordert, den Inhalt großzügig auf unsere alternde Haut aufzutragen: „*apply liberally*“. Der vorpolitisches Sprachgebrauch (liberal als großzügig) verweist also auf eine Verkürzung um den politischen Gehalt, nämlich auf den Einwand, Liberalität sei lediglich eine Haltung oder eine Tugend. Angeblich können die Liberalen die Frage, weshalb man liberal sein solle, nicht „immanent“ beantworten, sondern nur durch Bezug auf ein „Anderes“ beantworten, nämlich in Bezug worauf ein liberales Konzept eine Entwicklung zum Besseren bewirke.

Umgekehrt wird der Liberalismus oft auf ein politisches Ordnungsprogramm reduziert, besonders auf den von Guido de Ruggiero hervorgehobenen *Constitutionalismo*, wobei die Entwicklung der liberalen Ideen ausgeblendet wird. Darauf stützt sich ein weiteres Argument der Liberalismuskritik, das liberale Programm sei durch die Konstitutionalisierung im Wesentlichen erfüllt. Liberalismus erscheint dann wie in dem Formelbegriff „Liberale Demokratie“ als der gemeinsame Verfassungsboden der demokratischen Parteien. Dass aber der Liberalismus sich verfassungsgeschichtlich zu Tode gesiegt habe, kann man allenfalls von den Vereinigten Staaten sagen.

Annäherung ex negativo

Das führt schon zu dem zweiten Schritt, der Annäherung *ex negativo*, nämlich im Vergleich zum Konservatismus, der ebenfalls oft als eine bloße Attitüde verstanden wird, was in diesem Falle aber mit einiger Berechtigung geschieht. Dass wir zum Beispiel von einer konservativen Schätzung sprechen, deutet auf ein Problem des Konservatismus. Breschnew oder Honecker als Konservative zu bezeichnen war nicht nur leichtfertiges Reden. Anders gesagt, der Konservatismus ist unaufliebbar opportunistisch, weil er nicht von Prinzipien, sondern von Klugheitsregeln ausgeht. So geraten Konservative immer wieder in die Lage, die Ergebnisse früheren Wandels zu verteidigen, den vorige Konservative vergeblich zu verhindern suchten. Sie benutzen Maximen wie diejenige, dass Veränderungen langsam geschehen sollten. Sich auf einer abschüssigen Bahn eher langsam als schnell zu bewegen, mag ratsam sein – aber offenbar kommt es auf die Richtung, nicht auf die Geschwindigkeit an.

Recht auf Freiheit

Was ist also drittens der originäre und prinzipielle Gehalt des Liberalismus?

Sein unabhängiges Prinzip, das man durchaus als metaphysisch bezeichnen darf, besteht in dem, was John Locke als Eigentum an sich selbst, als „selfownership“ voraussetzt, das personale Recht über den eigenen Körper und die Ergebnisse der eigenen Arbeit zu verfügen. Dieses natürliche Recht, ein Recht im Singular, ein Anspruch auf Freiheit, nicht Freiheiten, ist der Ausgangspunkt, aus dem alles Weitere folgt, und diese Folgerungen können deshalb nur noch negativ ausgedrückt werden. Man kann den Bezug auf Gott hinzufügen, so wie Jefferson es in der *Declaration of Independence* getan hat, aber das ist wieder eine negatorische Feststellung, um darauf zu bestehen, dass dieses Recht unveräußerlich ist und dass niemand es beseitigen darf, indem er es positiv definiert. Dies hieße nämlich nichts anderes, als es von einem bestimmten Gebrauch abhängig zu machen.

All die positiven Freiheiten verschieben die Freiheit *ad calendas graecas*, weil wir erst bestimmte persönliche Qualitäten oder, schlimmer noch, bestimmte gesellschaftliche Ordnungen zu verwirklichen hätten. Bewusst paradox gesprochen: Es ist das Positive am Negativen, dass wir diesem Dilemma entgehen können. Weil jedenfalls dieses eine Recht jedem gleichermaßen gegeben ist, folgt daraus die einzige nötige Fassung eines Gesellschaftsvertrages: Dieses Menschenrecht können wir beanspruchen und guten Gewissens verteidigen, weil wir es und soweit wir es notwendigerweise als das gleiche Recht aller begreifen. Wir sind also frei und gleich gegenüber dem Recht und allen Vereinbarungen, die aus ihm entstehen.

Selbstbestimmung als abwehrendes Recht

Ausdruck des negativen Zugangs beziehungsweise des Konkretisierungsverbotes ist unter anderem die Betonung anonymer, ergebnisoffener Verfahren: Der

Wettbewerb und der Rechtsstaat, *rule of law*, umschrieben durch die ursprüngliche Kampfparole „rule of law, not of men“. Nun wäre es reizvoll zu fragen, welches Verständnis von Gesetz dem zugrunde liegt und was davon geblieben ist; dies würde aber den Rahmen sprengen.

Stattdessen noch einmal: Die liberale Doktrin besteht aus einem unverzichtbaren Postulat: *Selfownership* oder das Recht der Selbstbestimmung, und daraus folgen viele weitere Ordnungsvorstellungen, die mit Rücksicht auf dieses grundlegende Recht negativ gefasst sind. Die eigentliche Sünde gegen den Geist des Liberalismus besteht in Konkretisierungen des Selbstbestimmungsrechtes, die es vermeintlich ausfüllen, aber eben dadurch aufheben.

Der Liberalismus beharrt auf Nicht-Identität (zum Beispiel Nichtidentität individueller und kollektiver Interessen), und er begreift das Recht als den Versuch, die Freiheit des einen mit der Freiheit des anderen vereinbar zu machen, nicht als Sozialtechnologie. Daher kennt diese Auffassung des Rechts nur die Wiedergutmachung zugefügten Schadens, Recht als Beziehung zwischen Individuen. Anders gesagt: Unrecht verlangt einen Geschädigten, ein Opfer, weshalb es opferloses Unrecht, *victimless crime*, nicht geben kann. Wir wissen, wozu es führt, wenn man darüber hinausgeht und ein Verhalten kriminalisiert, das man für sozial schädlich hält. Wer die Trunksucht durch Prohibition bekämpft, ändert nichts an dem sozialen Problem, das er wahrnimmt, und schafft stattdessen wirkliche Kriminalität mit wirklichen Opfern.

So viel zum naturrechtlichen Kern des Liberalismus. Es ist hoffentlich deutlich geworden, dass es um das metaphysische Postulat der Selbstbestimmung geht, das nur als ein negatives oder negatorisches, also abwehrendes Recht verstanden wer-

den kann – und damit zu der Kritik der Kritik.

Leistungsfähigkeit des Marktes

Den Sozialismus hat das Schicksal ereilt, das er dem Kapitalismus zugeschrieben hatte, er ist an seinen „inneren Widersprüchen“ zerbrochen. Manche glaubten deshalb nach 1989 an ein „Ende der Geschichte“ in dem Sinne, dass die Konkurrenz der Ideologien und Systeme ein für alle Mal zugunsten von Marktgemeinschaft und liberaler Demokratie entschieden sei.

Tatsächlich wird niemand mehr wirtschaftswissenschaftliche Erleuchtung in den Schriften von Marx und Engels suchen oder die Verstaatlichung ganzer Industrien propagieren. Die überlegene Leistungsfähigkeit des Marktes gilt als erwiesen, doch dieses Zugeständnis kommt meistens als vergiftetes Kompliment daher. Die unbestritten effiziente Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen beruhe auf einem verkürzten Bild von kalkulierender Rationalität, das die Moral zerstöre, indem es den Eigennutz legitimiere und damit eine Kultur des rücksichtslosen Egoismus erzeuge.

Immerhin räumen die Kritiker ein, dass erst die modernen Marktgemeinschaften die Massenarmut beseitigt haben, die in allen vorigen Epochen hingenommen wurde, doch die rechtliche Emanzipation halten sie in einer Verwechslung von Ursache und Wirkung der Politik zugute. Die Politik soll daher die ungebremste Dynamik des Marktes zügeln und seine Nebenwirkungen korrigieren, weshalb es darauf ankomme, für den Vorrang der Politik vor der Ökonomie zu sorgen.

In dem ebenso staatsfrommen wie einheits- und gemeinschaftsorientierten Deutschland ist dieses Unbehagen besonders ausgeprägt, und daran hat auch die Geschichte der Bonner Republik nichts geändert. Was die Deutschen mit der Demokratie und dem Westen versöhnt hat, war der Erfolg der ihnen aufge-

nötigten Marktwirtschaft, der mehr zur Modernisierung der Gesellschaft beitrug als alle die Kritiker, die nur „Restauration“ sehen wollten. Mehr noch als das „Wunder von Bern“ hat das „Wirtschaftswunder“ die Deutschen aufgerichtet, und entsprechend hatten sie Mühe, sich von der harten D-Mark zu lösen, die zum harren Kern der nationalen Identität geworden war. Dennoch schätzen sie die Marktwirtschaft weniger wegen ihres freiheitlichen Charakters als wegen ihrer Effizienz („Wohlstand für alle“), und sie erscheint nur als einschränkend qualifizierte und gebändigte, eben als Soziale Marktwirtschaft akzeptabel. Gesine Schwan etwa, die sich um das höchste Staatsamt bewirbt, betont in diesem Sinne, der Markt müsse „kulturell eingebettet“ werden.

Eine erste Antwort auf solche kulturellen Kritiker des Marktes besteht in dem, was Frank Knight, der Lehrer mehrerer Nobelpreisträger der Ökonomie, stets betont hat: Die Rechtfertigung des Marktes ergibt sich aus dem Vergleich mit der Alternative, nämlich mit der Art und Weise, in der die Politik das jeweilige Problem lösen würde.

Moral- und Sozialkonzept

Ganz abgesehen von der Frage, was „rationales“ Verhalten bedeutet oder wie eng zum Beispiel der Begriff des Eigennutzes zu verstehen ist, haben Adam Smith und die späteren Theoretiker des Marktes den Menschen nie als konsequenter „Nutzenmaximierer“ beschrieben, der seine soziale Umwelt ignoriert. Als Antwort auf den „Realismus“ des Thomas Hobbes, der vom „Krieg aller gegen alle“ ausging, haben Smith und die ganze schottische Aufklärung ein bürgerliches Moral- und Sozialkonzept entwickelt, das auf „Sympathy“ beruht, also auf der Fähigkeit, sich gedanklich in die „Schuhe des anderen“ zu versetzen.

Allerdings haben sie darauf hingewiesen, dass Altruismus zum knappen Gut wird, wenn der Einzelne sich nicht mehr in den konkreten sozialen Beziehungen der Kleingruppe, sondern in anonymen Kollektiven bewegt. Unter solchen Bedingungen sollte man tatsächlich mit rationalem Verhalten in dem Sinne rechnen, dass noch keine Gewerkschaft mehr Arbeit für weniger Lohn und kein Industrieverband die Streichung von Subventionen gefordert hat. Entsprechend eindeutig fällt dann auch der Vergleich zwischen der Moral des Marktes und der Moral des kollektiven Handelns, also der Politik, aus. Wer nach der Rücksichtslosigkeit einer „Ellenbogengesellschaft“ sucht, der findet sie in dem Verhalten der organisierten Interessen, das der Leistungsstaat hervorruft und belohnt, und auch darin, dass die entsprechenden Folgen, nicht nur im Fall von Landesbanken, sozialisiert werden, während der Markt sie privatisiert.

Erfolg durch Rücksicht

Die Überlegenheit des Marktes zeigt sich allerdings nicht nur an dem Vergleich mit der einen schlechten Alternative, also den unabänderlichen Mängeln des politischen Betriebes, sondern auch an seinen originären Eigenarten. Dazu gehört zunächst einmal, dass seine Funktionsweise immer schon auf einem eigenständigen sozialmoralischen und kulturellen Konzept beruhte und dieses verstärkt hat. Hinzu kommt seine spezifische Leistung der anonymen Koordination, die in einer zunehmend arbeitsteiligen und unübersichtlichen Welt immer unentbehrlicher wird.

Wenn die vermeintlich Gebildeten unter seinen Verächtern den Markt als die Wahl zwischen vielerlei Toilettenspapier karikieren, dann bleibt daran zu erinnern, dass Systeme, die solches verhindern, weder das Recht bieten, sich auf diese Weise intellektuell zu blamieren, noch sonst die

Freiheit der Einzelnen respektieren. Anders gesagt: ohne das Recht der Auswahl keine Freiheit und ohne Wahlfreiheit keine Moral. Der Markt erinnert also noch in seinen banalsten Erscheinungsformen an das Selbstbestimmungsrecht und die rechtliche Gleichrangigkeit der Einzelnen, weshalb er farbenblind und auch sonst vorurteilsfrei ist. Daher war der Aufstieg der Marktgesellschaften mit einer bürgerlichen Sozial- und Kulturpolitik verbunden, die sich gegen feudalen Ehrenkodex und Statusorientierung ebenso abgrenzt wie gegen das Genossentum der Kollektivmoral.

Daraus entstand die Kultur der Eigenverantwortung und der freiwilligen Zusammenschlüsse. Dass diese sich in der angelsächsischen Welt stärker entwickelte als anderswo und dass es in Deutschland wenig hilft, den Begriff der *Civil Society* zu übernehmen, ändert nichts an der universalen Verständlichkeit des moralischen Grundprinzips: Der Markt ist die soziale Organisationsform, die allen Beteiligten beibringt, dass sie ihre Ziele nur erreichen, wenn sie die Bedürfnisse der anderen berücksichtigen.

Der moralische Charakter des Marktes und seine freiheitsmehrende, machtrelativierende Wirkung wird neuerdings auch von einigen Ökonomen wieder stärker betont, sodass sie die Effizienz der „Wohlstandsmaschine“ als eine willkommene Folge, nicht aber als das Wesentliche präsentieren. Auf diese Weise kam auch der in der Klassik schon vorhandene, später aber vernachlässigte Gesichtspunkt der sozialen Koordination wieder zur Geltung.

Von der Arbeits- zur Wissensteilung

Als Adam Smith davon sprach, dass wir nicht an die menschenfreundliche Gesin-

nung von Metzger, Bäcker und Brauer appellieren, sondern auf ihren Eigennutz bauen, hat er darauf hingewiesen, dass in einem funktionierenden Markt die Menschen sich gegenseitig dienen können, ohne ansonsten übereinzustimmen. Dies gilt umso mehr, wenn wir in komplexen Systemen agieren, also auf indirekte Weise mit anderen zusammengespannt sind, von denen wir nichts wissen und mit denen wir folglich auch nichts vereinbaren können. In dieser Gemeinsamkeit des Nichtwissens, die irreführend als Wissensgesellschaft bezeichnet wird, muss Vertrautheit mit bekannten Personen und wiederkehrenden Situationen durch das Vertrauen auf Institutionen ersetzt werden. Die leistungsfähigste Institution dieser Art ist der Markt, dessen Signale, wie Hayek gezeigt hat, uns erlauben, ein Wissen zu verwerten, das wir gar nicht selbst besitzen, sodass die Arbeitsteilung sich zur Wissensteilung entwickelt.

Während die sogenannte Neoklassik des vergangenen Jahrhunderts vollständige Information voraussetzte, also unterstellte, dass keiner etwas entdecken kann, das nicht gleichzeitig auch alle anderen sehen, wird nun wieder deutlich, was die Metapher der „unsichtbaren Hand“ bedeutet. Wir handeln, als ob wir etwas wüssten: Als ob wir die Bedürfnisse anderer einschätzen könnten, als ob uns manche eigenen Wünsche doch nicht so wichtig wären, als ob wir erkannt hätten, dass andere bestimmte Ressourcen besser nutzen können, als ob wir unsere Fähigkeiten auf andere Ziele richten sollten. Kurzum, bevor man versucht, dem Markt eine Moral zu verordnen, käme es darauf an, den Liberalismus in allen seinen Formen als ein eigenständiges, „bürgerliches“ Moralkonzept zu begreifen.